



LANDTAG BADEN-WÜRTTEMBERG
KONRAD-ADENAUER-STR. 3
70173 STUTTGART

JOHANNES STOBER MDL
WAHLKREISBÜRO
KAISERSTRASSE 129
76133 KARLSRUHE

RAINER HINDERER MDL
WAHLKREISBÜRO
WILHELMSTRASSE 3
74072 HEILBRONN

PRESSEMITTEILUNG

Karlsruhe – Heilbronn – Nürnberg – Dresden: SPD-Abgeordnete wollen Klarheit über neues Schnellzugangebot

Die SPD-Landtagsabgeordneten Johannes Stober (Karlsruhe) und Rainer Hinderer (Heilbronn) wollen in einer Kleinen Landtagsanfrage Klarheit über ein mögliches neues Fernverkehrsangebot von Karlsruhe über Heilbronn und Nürnberg nach Dresden. Hintergrund der Anfrage sind Presseberichte, nach denen das private Eisenbahnunternehmen derschnellzug.de ein solches Angebot plane, die AVG diesem aber den Zugang zu dem Streckenabschnitt Karlsruhe – Heilbronn verweigere.

„Ein solches Angebot wäre eine deutliche Verbesserung“, sind sich Hinderer und Stober einig. Die beiden Abgeordneten verweisen dabei vor allem auf die sehr geringe Zahl an S-Bahn-Sprintern zwischen Karlsruhe und Heilbronn. Die normale Fahrzeit von Hauptbahnhof zu Hauptbahnhof betrage jedoch zum Teil bis zu knapp zwei Stunden. „Da ist man sogar fast über Stuttgart noch schneller“, so die zynische Anmerkung Stobers.

Der Heilbronner Hinderer betont darüber hinaus die Bedeutung, die ein solches Zugangebot für eine Verbesserung des derzeit schlechten Verkehrsangebots von Heilbronn in Richtung Nürnberg haben könnte. Wichtig sei aber, dass der neue Schnellzug in einem verlässlichen Takt verkehre, damit die Bürgerinnen und Bürger Planungssicherheit haben. Er wünsche sich daher dazu klare und verlässliche Aussagen von derschnellzug.de.

Einen zentralen Teil ihrer kleinen Anfrage widmen Stober und Hinderer auch dem zentralen Streitpunkt des Netzzugangs. „Nach der Bahnreform ist eigentlich klar, dass dieser diskriminierungsfrei möglich sein muss“, so Stober und Hinderer. Allerdings sei auch klar, dass die AVG als Netzbetreiber notwendige Mehrkosten, um diese Strecke schnellzugtauglich zu machen, refinanzieren müsse. Sollte dies jedoch zu insgesamt höheren Trassenpreisen führen, hätte dies möglicherweise sogar Auswirkungen auf das jetzige Verkehrsangebot. Man erhoffe sich durch die Kleine Anfrage daher auch Klarheit in dieser zentralen Rechtsfrage.

17.09.2015